



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 8 Januar 1885.

Nr. 11.

## Deutschland.

Berlin, 6. Januar. Das Jahr 1884 hat auf dem Gebiete des deutschen Heereswesens nur unwesentliche Veränderungen gebracht. Dieselben beschränkten sich in der Hauptsache auf einige Garnisonveränderungen. Wohl muß dieses Jahr jedoch auch für die deutsche Landmacht als ein Jahr höchwichtiger Vorbereitungen erachtet werden. Nahezu für die gesamte Heeresausrüstung haben während desselben umfassende Versuche mit neuen Ausrüstungsformen stattgefunden. Zum Schluß desselben ist auch noch die Feldverpflegung der Truppen einem über die gesamte deutsche Armee ausgedehnten Aenderungsversuch unterzogen worden. Wie aus München berichtet wird, ist als der künftige eiserne Bestand an Lebensmitteln, der bei einem etwaigen neuen Feldzuge jedem Mann, für drei Tage ausreichend mitgegeben werden soll, ein aus feinem Weizenmehl, Speck, geschabtem besten Ochsenfleisch, dem nöthigen Salz und Gewürz bereiteter Kraft-Zwiebad in Aussicht genommen. Uebereinstimmend wird berichtet, daß die Versuche mit diesem neuen Ernährungsmittel sehr günstige Ergebnisse ausgewiesen haben. Ueberaus wichtig muß hingegen das Jahr 1884 für die künftige Entwicklung der deutschen Seemacht erkannt werden. Von demselben datirt ein Aufschwung derselben, der sie weit über ihre bisherige Bedeutung erhebt und dessen Tragweite vorläufig weder abgesehen, noch beurtheilt werden kann. Deutschland ist mit diesem Jahre in die Reihe der großen Kolonialstaaten eingetreten. Damit zugleich aber hat sich die bisherige ausschließliche Aufgabe der deutschen Kriegsmarine, des Küstenschutzes des deutschen Reiches, zu der des Schutzes der deutschen Handelsinteressen und der deutschen Kolonialniederlassungen über beinahe alle Ländergebiete und auf die Hauptmeere der Erde übertragen. Es bedingt sich dabei von selbst, daß die deutsche Kriegsmarine eine diesen neuen Aufgaben entsprechende Verstärkung erfahren muß. Es wird jedoch dabei noch nicht sein Bewenden haben. So wenig bedeutsam die Anfangsversuche von Angola-Bequena und Kamerun erachtet werden konnten, so hochbedeutend und folgenreich muß sich namentlich die Besitznahme der St. Lucia-Bai erweisen, deren Besitzergreifung allerdings von England bereits angefochten worden ist. Ein Blick auf die Karte genügt, um die enorme Wichtigkeit einer deutschen Festsitzung gerade auf diesem Punkte klar hervortreten zu lassen. Diese Bai bildet den

nächsten Verkehrsweg sowohl nach dem Oranje-Freistaat wie der Transvaal-Republik. Nur die Delagoa-Bai würde sich in Betreff dieses letzten Staates noch günstiger gelegen finden. Der Seestaat, der diese beiden Punkte, oder auch nur den ersten Punkt besitzt, muß einen unbedingt bestimmenden Einfluß auf die vorgenannten beiden Freistaaten ausüben, deren Grundbevölkerung weit überwiegend eine dem deutschen Volke stammverwandte, eine holländische, ist. Sowohl der deutschen Einwanderung, wie dem deutschen Handelsabsatz würde sich, wenn diese Erwerbung England gegenüber aufrecht erhalten werden kann, in diesen bereits weit über die erste Kolonisation vorgeschrittenen Freistaaten ein weiter Spielraum eröffnen. Allein wird und kann sich England auch bei diesem neuesten deutschen Zugreifen gleich passiv wie in allen bisherigen anderen Fällen verhalten? Der vorjährige Besuch der Transvaal-Deputation am kaiserlichen Hofe in Berlin und die Auszeichnung, mit welcher dieselbe dort behandelt worden ist, erhalten durch diese neueste Besitzergreifung erst eine Erklärung und einen sachlichen Hintergrund. Auch die Dampferlinien, deren Subvention die deutsche Regierung beansprucht, können danach unmöglich ferner noch von dem beschränkten Standpunkte einfacher Post- und Handelsverbindungen beurtheilt werden. So großartig und planvoll angelegt ist noch keine Nation in eine Kolonialpolitik eingetreten, wie gegenwärtig die deutschen derartigen Bestrebungen sich ausweisen. Allein gewaltige Anstrengungen werden zweifelsohne noch gefordert werden, um diesen Weg mit Erfolg einhalten und selbst nur die bereits eingenommene Stellung behaupten zu können.

Berlin, 7. Januar. Morgen nimmt der Reichstag seine Arbeiten wieder auf und findet gleich eine Fülle neuen Arbeitsstoffes. In den nächsten vierzehn Tagen, vom 8. bis zum 22. d. Mts., sollen unausgesetzt Plenarversammlungen stattfinden, welche sich mit der Etatsberatung und der ersten Lesung der Gesetze, betr. die Ausdehnung der Unfallversicherung, der Postsparkassen, den griechischen Handelsvertrag und auch wohl mit der zweiten Lesung der Dampfervorlage zu beschäftigen haben werden. Dann dürfte nach den getroffenen Dispositionen die Zeit bis Ende Februar den Kommissionen überlassen bleiben, so daß in derselben der preussische Landtag in fortlaufenden Plenarversammlungen sich seiner Staatshaushalts-Berathung widmen kann.

In der Sitzung der afrikanischen Konfe-

renz am 22. Dezember wurde der Kommissionsantrag, betreffend die Einfuhr geistiger Getränke in das Kongogebiet in folgender Fassung angenommen:

„Die in der Konferenz vertretenen Mächte wünschen, um die eingeborene Bevölkerung gegen die aus dem Mißbrauch starker Getränke entstehenden Uebel zu schützen, daß eine Einigung zur Regelung der in dieser Hinsicht eventuell entstehenden Schwierigkeiten unter ihnen zu Stande komme, welche sowohl den Rechten der Humanität, als den Handelsinteressen, soweit sich dieselben als berechtigt darstellen, Rechnung trage.“

Die Frage des Sklavenhandels wurde nach längerer Debatte in die Kommission zurückverwiesen.

Dem vom russischen Bevollmächtigten, Grafen Kapnist, ausgedrückten Wunsche gemäß wurde beschlossen, im Protokolle der Sitzung der von ihm geschickten Anregung, eine meteorologische Station im oberen Kongogebiete zu errichten, Erwähnung zu thun.

Die Berathung über den Neutralitätsparagraphen wurde auf eine spätere Sitzung verschoben.

Der bleibende Ausschuss des deutschen Handelstages beschloß in seiner heutigen Sitzung, die Plenarversammlung auf den 27. Januar d. J. nach Berlin einzuberufen. Auf die Tagesordnung wurden folgende Gegenstände gesetzt: der Bedell-Malchow'sche Gesetzentwurf, betreffend die Einführung einer Geschäftsteuer, die Erhöhung der Getreidezölle und die Frage der Kolonialpolitik und deren Einfluß auf die Verhältnisse von Handel und Industrie. Für den ersten Gegenstand ist ein Referent noch nicht ernannt worden, betreffs der Erhöhung der Getreidezölle haben die Herren Regierungsrath Dr. Seebold, Generaldirektor der „Union“ in Dortmund, und Dr. Siemens, Direktor der Deutschen Bank in Berlin, das Referat bzw. Korreferat übernommen. Ueber Kolonialpolitik wird Herr A. Woermann-Hamburg referiren. Außerdem werden innere Angelegenheiten des Handelstages die Plenarversammlung beschäftigen.

Ueber die Thätigkeit des Herrn Einwald betriebs der Gebietserwerbung an der Sta. Lucia-Bai wird aus Erfurt der „Magdeb. Ztg.“ Folgendes, offenbar auf Grund von Mittheilungen des Herrn Einwald selbst, geschrieben:

„Der Reisende August Einwald schreibt aus London, 2. Januar, wohin er aus der Kapstadt

via Lissabon in Folge eines Telegramms abgereist und wo er am 1. Januar angekommen ist, daß er erst hier aus Zeitungen erfahren hat, daß ein englisches Kriegsschiff in der Sta. Lucia-Bai die englische Flagge gehißt habe nach dem 13. November, an welchem er diese Strecke mit 100,000 Aker Land (nicht 60,000, wie er am 15. November nach Erfurt aus Ithomholomo im Zululand geschrieben) gekauft hatte! Schon am 2. September, vor der Reise in das Zululand, schrieb er an Fürst Bismarck und bat, es möchte Ende November oder Anfang Dezember ein Kriegsschiff in die Sta. Lucia-Bai gesendet werden, in welcher Zeit er das Geschäft mit dem Könige beendet zu sehen hoffte und selbst an der Küste eintreffen wollte. Nach dem Abschluß am 13. November war noch kein Kriegsschiff in der Bai, darum ritt er nach Pieter Maritzburg, telegraphirte an Lüderitz und begab sich nach langem Ueberlegen in die Kapstadt, in der Hoffnung, dort ein deutsches Kriegsschiff zu finden, mit dem er nach der Sta. Lucia-Bai fahren wollte; da er keins fand, folgte er dem Rufe nach Europa und schrieb in London an Gladstone und Derby, bei denen er zum 5. eine Audienz erbat; er hofft, daß Derby nach der ihm zugehenden Aufforderung Gegenbefehl nach der Sta. Lucia-Bai ertheilen und die englische Fahne wegnehmen lassen werde; „denn wenn ich wieder nach der Sta. Lucia-Bucht komme und finde eine englische Fahne auf Herrn Lüderitz' Eigenthum, so werde ich dieselbe entfernen. Wenn ich mit Gladstone gesprochen habe, schreibe ich Ihnen wieder das Resultat und bitte Sie, die Wahrheit durch die Presse mitzutheilen, damit die Deutschen nicht Irriges und Verwirrendes erfahren. Jetzt bereise ich das Land des Herrn Lüderitz wissenschaftlich und lasse Ihnen Berichte zukommen.“

Es versteht sich von selbst, daß ein Privatmann nicht berufen ist, in internationalen Fragen in direkte Verhandlungen mit einer fremden Regierung zu treten; das muß Herr Einwald dem auswärtigen Amte überlassen.

Der Reichstagsabgeordnete Bebel theilt durch Zirkular mit, daß er und seine Frau auf eigenen Wunsch als Theilhaber aus der Firma Ipleit u. Bebel ausgeschieden sind, und zwar aus Gründen rein privater Natur. Die im Sommer 1881 auf Grund des Sozialistengesetzes erfolgte Ausweisung, so führt Herr Bebel aus, habe seine Thätigkeit für das Geschäft zu einem großen Theile lahmgelegt, so daß seinem Kompagnon die Leitung

## Feuilleton.

### Die zerbrochene Schaufensterscheibe.

Berlin, 6. Januar.

Das „Atl. Journ.“ erzählt: Herr Ernst von Wildenbruch kann bekanntlich leidliche Tragödien schreiben, und um diese dichterische Fähigkeit wird ihn gewiß so Mancher beneiden, warum er aber nicht zu beneiden ist, das ist — seine Kurzsichtigkeit. Diese aber hat dem Dichter des „Harold“ vor einiger Zeit einen bösen Streich gespielt. Es war an einem wunderbar klaren und sonnenhellen Augustrage, gerade um die Ferienzeit, und auch im auswärtigen Amte, wo der Herr Regierungsassessor v. Wildenbruch seine Mußstunden zubringen pflegt, war nichts zu thun. Was Wunder also, wenn Herr v. Wildenbruch in Frühshoppen-Gedanken versank. Plötzlich aber sprang er von seinem gepolsterten Sessel auf, nahm Hut und Stock und ging. Das geschah so schnell und unvermittelt, daß dem Bureauclavier unheimlich wurde, und der britischultrige Portier des Auswärtigen bedenklich die Achseln zuckte.

Dem Herrn Regierungsassessor war in der That ein jublimer Gedanke gekommen — er wollte ein Glas „Ungegypten“ trinken und dazu etwas frühstücken. Spornstreichs eilte er deshalb nach der Potsdamerstraße — er wäre vielleicht wo anders hingegangen, aber bekanntlich giebt's ja anderswo keinen Ungegypten —, um bei Oswald Nier seinen Durst zu stillen. Die Eile aber sollte ihm verhängnisvoll werden. Hastig betrat er die Schwelle des Lokals — doch was war das? im nächsten Augenblick schon prallte er entsetzt zurück,

denn — o Malheur! — in tausend Trümmern lag vor ihm die mächtige Fensterscheibe. In seiner Kurzsichtigkeit und Eile nämlich hatte Herr von Wildenbruch bei seinem Eintritt nicht bemerkt, daß ihn noch eine Fensterscheibe vom Innern des Weinlokals trennte, und war mit dem Kopfe gegen dieselbe gerannt. Selbstverständlich war es mit dem Frühstück unter solchen Umständen zunächst nichts. In der ersten Bestürzung zog Herr von Wildenbruch seine Karte aus der Tasche hervor und stammelte einige nicht ganz verständliche Worte von einer Rechnung, die ihm überhandt werden sollte — vielleicht war es auch nur eine Entschuldigung, doch das möge ununtersucht bleiben. Genug an dem, Herr v. Wildenbruch verließ, ohne geküßt zu haben, das Lokal. Wenige Tage darauf erhielt er von einer hiesigen Versicherungsgesellschaft ein Schreiben folgenden Inhalts:

„26,254. 29. August 1884.  
Herrn Assessor Ernst v. Wildenbruch,  
Hochwohlgeboren,  
Königin-Augustastrasse 29.“

Zu unserem Bedauern sind wir in die Nothwendigkeit versetzt, Sie für den am 27. d. Mts. Abends (Frühstück?) in Nier'schen Lokale in der Potsdamerstraße 134a verursachten Glas-Bruchschaden in Anspruch nehmen zu müssen, da die Scheibe bei unserer Gesellschaft versichert ist. Wir konstatiren gern die Mittheilung des Herrn Nier, wonach sich Ew. Hochwohlgeboren sofort zur Vergütung dieses Schadens bereitwillig erklärten, und werden uns binnen Kurzem erlauben, Ihnen die Rechnung des mit dem Neueinsätze beauftragten Herrn Glasermeyers Kurandt behufs Begleichung zu präsentieren.

Mit vorzüglicher Hochachtung.  
(Unterschrift.)

Begreiflicherweise rief dieser Brief bei Herrn v. Wildenbruch, welcher den Vorfall fast schon vergessen hatte, nicht gerade den angenehmsten Eindruck hervor, um so weniger, als bei ihm bereits eine kühlere Denkart Platz gegriffen hatte. Er weigerte sich deshalb, die ihm gleich darauf präsentirte Rechnung in Höhe von 161 M. 50 Pf. zu zahlen, in der richtigen Erkenntniß vielleicht, daß ungegypten Wein zu solchem Preise eine zu theure Sorte für einen deutschen Dichter sei. Erst als die Versicherungsgesellschaft am 13. Oktober v. J. mit der Klage drohte, las der Dichter ihr mit folgenden Worten den Text:

Berlin, 14. 10. 1884.  
Auf das gefällige Schreiben vom gestrigen Tage — J. Nr. 32,877 — erwidere ich ganz ergebenst, daß mir nichts ferner liegt, als mich gerechtfertigten Verpflichtungen entziehen zu wollen, daß ich jedoch ebenso entschlossen bin, Verpflichtungen nicht zu übernehmen, die mir seitens Desjenigen aufgehält werden, der zur Uebernahme derselben verpflichtet ist.

Der Jährlässigkeit des Herrn D. Nier resp. seines Personals, welche gar nichts gethan haben, um das Publikum auf das Vorhandensein einer Spiegelscheibe aufmerksam zu machen, fällt die Zertrümmerung der Scheibe zur Last, und es ist mir in meinem juristischen Bewußtsein unbegreiflich, wie der Genannte von der Versicherungsgesellschaft überhaupt Ersatz hat fordern können. Ist ihm dieser trotzdem gewährt worden, so kann ich jedenfalls keine Verpflichtung anerkennen, mittlerweile dafür aufzukommen. Die Erklärung, welche ich im ersten Augenblicke der durch die Katastrophe hervorgerufenen nervösen Erregung abgegeben habe, „man solle mir die Rechnung schicken,“ ist völlig unverbindlich, denn sie ist gethan worden, bevor ich mir über die Lage der

Sache klar geworden war. Indem ich daher den Vorschlag wiederhole, welchen ich Herrn D. Nier in Anerkennung meiner, wenn auch unverfügbaren, thatsächlichen Theilnahme an dem Unglücksfalle gemacht habe, die Hälfte der Schadenssumme zu erstatten, erkläre ich mich bereit, den Betrag von 80 M. 75 Pf. gegen Quittung zu entrichten, indem ich ausdrücklich bemerke, daß ich hiermit nur das Vorhandensein einer moralischen, nicht einer rechtlichen Verpflichtung anerkenne.

Hochachtungsvoll ergebenst  
E. v. Wildenbruch.  
Der Brief verfehlte sein Ziel nicht. Die Worte, welche der Jurist Wildenbruch dem Dichter Wildenbruch in die Feder diktirte, übten ihre überzeugende Wirkung. Denn schon wenige Tage darauf langte ein Schreiben von der Versicherungsgesellschaft an, worin sich dieselbe gerührt zur Tragung der vollen Schadenssumme entschlossen erklärte. Seinen Dank für diese hohe Billigkeitsgestinnung — wie der Dichter wörtlich sagt — drückte er bald darauf der Gesellschaft in folgenden Worten aus:

Berlin, 23. 10. 84.  
Im Besitze des geehrten Schreibens vom 18. d. M. kann ich nicht müßig, der Versicherungsgesellschaft... meine aufrichtigste Anerkennung für die hohe Billigkeitsgestinnung auszusprechen, welche sich in deren Worten und Verfahren befindet. Mit ausgezeichnetster Hochachtung ergebenst  
E. v. Wildenbruch.  
Und damit endete harmonisch, wie die meisten dramatischen Werke des Dichters, auch das „Spiegelscheibendrama“.

und Veranlassung zu sein. Die Länge und vorläufig nicht absehbare Dauer dieses Zustandes habe ihm seine Stellung allmählig zu einer äußerst unbehaglichen gemacht, und so habe er sich entschlossen, aus dem Geschäft auszutreten. Herr Bebel wird aber die Geschäftsführung für die Firma weiter übernehmen.

Der Afrikareisende E. v. N. o. b. Flegel ist jetzt so weit wieder hergestellt, daß er täglich auf einige Stunden das Bett verlassen darf. Doch ist er noch sehr matt, so daß er noch keine Besuche annehmen darf. Sehr günstigen Einfluß hat die Ankunft seines Bruders auf ihn ausgeübt, der vor einigen Tagen aus Cherfon eingetroffen ist. Derselbe ist Gymnasiallehrer und hat nach Vollendung seiner Universitätsstudien sich längere Zeit in Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien aufgehalten. Er wird die Tagebücher seines Bruders über Afrika bearbeiten.

Die kaiserlichen Majestäten, so wird offiziös der „Schles. Ztg.“ geschrieben, nehmen den innigsten Antheil an den schweren Heimfuchungen, von welchen Spanien durch fortgesetzte Erdbeben betroffen ist. Der Kronprinz, welcher einige von der Katastrophe betroffene Orte auf seiner Reise im Jahre 1883 passirte, hat um eingehende Berichterstattung gebeten und seine Theilnahme für die Unglücklichen bekundet.

Von der in England herrschenden Aufregung zeugt der heutige Artikel der „Ball Mall Gazette“; sie wendet sich entschieden gegen den Artikel der „Times“, welcher Gladstone, Granville, Derby u. c. zum Rücktritt auffordert und meint, man beurtheile Gladstone ganz falsch, wenn man glaube, er scheue unter allen Umständen vor Krieg zurück; er werde im Gegentheil hartnäckiger kämpfen als irgend Jemand, wenn er einmal überzeugt sei, daß nur noch eine bewaffnete Entscheidung möglich sei. Zum Schlusse macht das Blatt allen Erstes den Vorschlag, nicht nur die für die allmähliche Ergänzung der Flotte verwilligten 5 1/2 Millionen Pfund Sterling jetzt mit einem Mal zu Schiffsbauten zu verwenden und 100 Torpedoboots zu bauen, sondern auch alle auf englischen Schiffswerften im Bau begriffenen fremden Kriegsschiffe für Englands Seebienst mit Beschlag zu belegen. Man werde das und noch mehr nöthig haben, ehe man aus dem gegenwärtigen Wirrwahl wieder heraus sei. Also auch die sonst recht kühle „Ball Mall Gazette“ fängt an, aus dem Häuschen zu gerathen; sie droht mit Krieg, ohne doch sagen zu können, gegen wen Krieg geführt werden soll, und welches gegen England begangene Unrecht einen Krieg rechtfertigen würde. Scheint ihr etwa die Existenz des Kabinetts Gladstone einen Krieg werth zu sein?

Eine weitere Resolution, welche gestern in der Repräsentantenkammer der Vereinigten Staaten von Nordamerika eingebracht worden ist, beantragt die Angabe der Gründe, welche die Unionsregierung veranlaßt hätten, der Theilnahme Amerikas an der Berliner Konferenz zuzustimmen, sowie die Mittheilung von Abschriften der von amerikanischen Delegirten erteilten Beglaubigungsschreiben und der in Bezug auf die Konferenz geführten diplomatischen Korrespondenz.

Aus Havannah wird der „Köln. Ztg.“ vom 11. Dezember berichtet, daß dort vor einigen Tagen ein spanischer Kreuzer ein von Jamaika kommendes Boot mit 15 Flibustieren abgefangen hat. Unter denselben befanden sich einige der verrufensten Aufständischen aus dem letzten kubanischen Aufstande. Während bis vor Kurzem die kubanischen Meuterer im amerikanischen Florida ihre Zufluchtsstätte suchten und fanden und von dort aus ihre fortgesetzten Wählerien gegen die spanische Regierung und die ruhige Entwicklung Kubas unternahmen, ist ihnen dieser Bezirk für ihre verderbliche Wirksamkeit jetzt entzogen worden, seitdem auf Spaniens Beschwerde nach dem Agueroschen Putzche die amerikanischen Behörden in Florida kräftig gegen die Aufständischen eingeschritten sind und seitdem der Präsident Arthur in seiner jüngsten Botschaft diese Unterstützung Spaniens für ein Gebot der nationalen Ehre erklärt hat. Nunmehr haben die kubanischen Aufständischen das Feld ihrer Thätigkeit auf die englische Insel Jamaika verlegt und treffen dort unter den Augen der britischen Behörden ihre Vorbereitungen. Der gute Griff, den jetzt ein spanischer Kreuzer gegen diese Gesellen ausgeführt, wird, nach Meinung des rheinischen Blattes, hauptsächlich dazu beitragen, daß ihnen auch in Jamaika die Tage nicht zu angenehm bleiben werden.

Magdeburg, 7. Januar. Die Bewegung, welche jetzt durch die deutschen Sparkassen-Verwaltungen geht, beginnt sich überall bemerkbar zu machen. Auch für die Provinz Sachsen, das Herzogthum Anhalt und die thüringischen Staaten ist die Einladung zu einem Sparkassentage ergangen, der Magistrat Magdeburgs hat sie erlassen. Die Versammlung wird am 17. Januar hier in Magdeburg stattfinden und sich nach der festgesetzten Tagesordnung mit dem Entwurfe für das Postsparkassengesetz und mit dem allgemeinen deutschen Sparkassen-Verbande beschäftigen.

Von besonderer Wichtigkeit ist der erstere Gegenstand, über den ja auch in kurzer Frist auch am Reichstage verhandelt werden wird. Nach dem Vorgehen der Sparkassen des Königreichs Sachsen und des Ausschusses des deutschen Sparkassentages wird man allerorts mit lebhaftem Interesse den Beschlüssen entgegensehen, welche die berufenen Vertreter eines Bezirks fassen werden, in dem das Sparkassenwesen zu einer hervorragenden Entwicklung gelangt ist und in voller Blüthe steht. Jedermann wird es erklärlich finden, wenn die be-

stehenden Sparkassen gegen den bevorzugten Einbringung in dem einen oder anderen Punkt Front machen. Wenn aber, wie es an manchen Stellen, z. B. im Königreich Sachsen, geschehen ist, die Opposition gegen die ganze Einrichtung geht, so ist das nicht zu billigen. Zweck aller Sparkassen ist, die vielen Millionen, welche in kleinen Beträgen ertragslos in der Hand des Einzelnen ruhen, zu sammeln und nutzbar zu machen und Jung und Alt an Sparbarkeit und Wirtschaftlichkeit zu gewöhnen. Dieser Zweck ist von allgemeiner sozialer Bedeutung, der Staat muß ihn in das Auge fassen und muß Einrichtungen schaffen, die seine Durchführung im Osten wie im Westen, im Süden und im Norden gleichmäßig und dauernd sichern. Ueber die Existenz-Berechtigung der Postsparkasse ist daher nicht zu streiten.

Wohl aber ist das Verlangen der bestehenden Sparkassen gerechtfertigt, daß das Reich bei der neuen Einrichtung Rücksicht auf sie nehme und dieselbe so ausführt, daß sie mit Aussicht auf Erfolg in die Konkurrenz eintreten können. Einen Weg zu finden und vorzuschlagen, auf dem das Ziel der Postsparkasse unter Schonung der Interessen der kommunalen Sparkassen zu erreichen ist, wird die Aufgabe des Sparkassentages sein.

### Ausland.

Paris, 5. Januar. Die Ersetzung des Kriegsministers Campenon durch den General Lewal wirdelt gewaltig viel Staub auf. Die Opposition benutzte das Ereigniß, um die öffentliche Meinung zu beunruhigen und den Rücktritt Campenons als den Beweis darzustellen, daß der Konseil-Präsident Frankreich in einen langen und kostspieligen Krieg verwickeln will, während gleichzeitig die Radikalen die Alarmtrommel rühren, weil die Ernennung des „royalistischen“ Generals Lewal die Vorbereitung zu dem bevorstehenden orleanistischen Staatsstreich bedeute. Gestern auf dem Bère Lachaise am Grabe Blanqui's erklärte der Kommunisten-General Cudès, man müsse sich bereit halten, da ganz unzweifelhaft der Staatsstreich bevorstehe, und um dieselbe Stunde hielt der Chef der „Patrioten“, Paul Déroulède, im Sterbehause Gambetta's eine Rede, worin er seinem Bedauern über den Rücktritt des Generals Campenon Ausdruck gab und als Grund desselben anführte, daß der General „in die Unmöglichkeit verjagt worden sei, die so französische Politik Gambetta's fortzusetzen, d. h. die Konzentration aller Wehrkräfte der Nation für die große Aktion, welche den Frankfurter Vertrag zerreißen und uns unsere getrennten Brüder wiedergeben soll.“

Die gambettistischen Journale, wie „République Française“, „Paris“ u. s. w. unterdrücken beziehungsweise in ihren Berichten über die Kundgebung im Hause Gambetta's diese gar zu verrückte Erklärung des Ministerwechsels, drucken aber eine von Herrn Paul Bert gehaltene Gedächtnisrede ab, welche der Auslassung Déroulède's nicht viel nachgiebt. Man liest darin die folgende Phrase: „Das Grab Gambetta's ist nicht geschlossen; es ist noch halb offen, es wird nicht geschlossen werden, bevor wir die Aufgabe ausgeführt haben, welche er sich gestellt hat. Der erste Theil dieser Aufgabe ist durch ihn erfüllt worden. Die Gründung und die Befestigung der französischen Republik auf sicherer und unerschütterlicher Grundlage. Der zweite Theil ist unausgeführt geblieben. Er wollte die Rekonstitution des französischen Vaterlandes, die Wiedereinsetzung unseres theuren Landes in seine alten Grenzen. Skeptiker mögen sagen: Das ist ein Traum! Warum nicht gar! Ein Traum! Wenn nicht vor zwei Jahren der Tod die Tage unseres großen Freundes zerrissen hätte, dann . . . aber der Tod! . . .“ Also der Exminister Gambetta's und seine Freunde möchten die ersichtlich stark schwindende Erinnerung an Gambetta in der patriotischen Bevölkerung dadurch wieder auffrischen, daß sie den Glauben verbreiten, ohne den Tod Gambetta's wäre Frankreich bereits im Stande gewesen, die „Revanche“ siegreich zur Ausführung zu bringen.

Paris, 6. Januar. Die Veröffentlichung des „Evenement“ über die Aeußerungen des Generals Campenon mit Bezug auf die Gründe seines Rücktritts vom Kriegs-Ministerium hat hier begreifliches Aufsehen erregt. General Campenon beschuldigt den Konseilpräsidenten, durch seine Kolonialpolitik die Wehrkraft Frankreichs zu schwächen und im Falle eines europäischen Krieges den Erfolg der französischen Waffen fraglich zu machen. General Campenon tadelt nicht allein die Kolonialpolitik, sondern die gesammte äußere Politik. Der Konseilpräsident lasse sich durch Bismarck „ködern“ (leurrer), Frankreich hole für Deutschland die Kasanien aus dem Feuer, der Kaiser habe Frankreich bereits mit Italien und Spanien entzweit und geht jetzt darauf aus, es auch mit England ernsthaft zu verfeinden. Außerdem erklärt Campenon, daß der Krieg in Tonkin und China große Schwierigkeiten biete, daß China jetzt viel stärker, die chinesischen Soldaten besser bewaffnet und gefürzt seien, kurz daß ohne bedeutende Streitkräfte der Erfolg nicht sicher wäre u. s. w. Der „Temps“ druckt die Mittheilungen des „Evenement“ ab und erklärt dann, daß er bis auf Weiteres die Ungenauigkeit derselben annehmen wolle. Der „Temps“ fügt hinzu, er halte es für unmöglich, daß ein General, der gestern noch Kriegsminister war, solche Aeußerungen gethan habe, wodurch die Chinesen zum Widerstande aufgereizt und gleichzeitig Europa der Glauben beigebracht würde, daß durch die Expedition die französische Armee in bedenklicher Weise desorganisiert werde.

Stettin, 13. Dezember. Wir erlebten in den letzten Tagen ein Beispiel von der Verwegenheit der Leute des mahdischen Führers Osman Digma. 42 Kameele, Eigentum des hiesigen Spekulantens Debba, lagerten friedlich mit ihren Gütern außerhalb der Stadt unter dem Schutze des Forts Fould. Da trocken unbemerkt sieben Injurgen herbei, von denen drei die beiden Führer attackirten, während die übrigen vier unterdessen die ganze Herde, welche einen Werth von ungefähr 500 englischen Pfund repräsentirte, davontrieben. Der ganze Vorkfall spielte sich so rasch ab, daß die Wachen des Forts ihn gar nicht bemerkten. Er wurde erst bekannt, als einer der Hüter blutüberströmt in die Stadt kam und denselben erzählte. Der andere Hüter wurde todt am Platze gefunden. Unnützer Weise, da kein Injurgen mehr zu sehen war, gab das Fort nachträglich einige Schüsse ab. Am Tage darauf eröffneten das rechte Wasserfort, das Kriegsschiff „Dolphin“ und die aus Sandsäcken erbaute Redoute eine fürchterliche Kanonade. Ein etwa 1500 Mann starkes feindliches Korps, vor welchem tangende Derrische zogen, war im Anzuge und beabsichtigte offenbar eine Ueberrumpelung. Außerhalb des Schutzbereiches der Geschütze machte es Halt. In Folge dessen wurde die ägyptische Kavallerie unter Oberst-Lieutenant Haggard zur Vertreibung des Feindes ausgesendet. Auf 200 Meter Entfernung wurde das Feuer eröffnet, worauf sich der Feind zurückzog. In der nächstfolgenden Nacht näherte sich der Feind auf der entgegengesetzten Seite der Stadt, wurde jedoch, Dank der elektrischen Beleuchtung des Forts Curyalus, bemerkt und durch das Feuer der groben Geschütze verjagt. Von dem Baue einer Eisenbahn von Stettin nach Berber ist unter solchen Verhältnissen keine Rede mehr. Dagegen funktionirt die aus der Stadt nach der Sand-Redoute führende Eisenbahn ganz gut. Zu den Sonntag-Vergnügungen gehört es, zum Gottesdienste im Redoutenlager die Bahn zu benutzen und Abends wieder zurückzufahren. Die beiden Lokomotiven wurden von der englischen Genie auf die arabischen Namen „Mush Quice“ (Nicht gut) und „Staggle“ (Arbeit) getauft, mit welchen Ausdrücken die faulen Araber täglich zur Arbeit angepörrt werden. Am letzten Sonntage unternahm der Chef der befreundeten Stämme, der alte Nabomet Aly, die erste Eisenbahnfahrt in seinem Leben. Er bewunderte insbesondere die Fenster-scheiben an den Waggonen, was erklärlich ist, wenn man weiß, daß Glasfenster in dieser Gegend ganz unbekannt sind.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. Januar. Die Ziehung der 4. Klasse 171. Jgl. preussischer Klassenlotterie wird am 16. d. M., Morgens 8 Uhr, ihren Anfang nehmen.

Dem Rentmeister Danker zu Starogard i. Pomm. ist der Charakter als Rechnungsrath verliehen worden.

### Kunst und Literatur.

Theater für heute: Stadttheater: „Ihr Lebensretter.“ Schwanke in 5 Akten.

### Bermischte Nachrichten.

Ueber die Veranlassung zu dem unglücklichen Studenten-Duell in Berlin sind wir nun in der Lage, nähere Mittheilungen zu machen. Am 18. Januar des vorigen Jahres fand ein vom Verein deutscher Studenten zur Feier der Begründung des deutschen Reichs veranstalteter allgemeiner Studenten-Kommers statt, an welchem sich in hervorragender Weise auch der Dichter Julius Wolff betheiligte. Das befremdliche Aufsehen, welches diese Betheiligung allgemein erregte, veranlaßte Julius Wolff, in einer Unterredung mit stud. Dohle die Bemerkung zu machen, daß er dem Feste fern geblieben sein würde, wenn er die Stellung des Vereins deutscher Studenten gekannt hätte, eine Bemerkung, welche er übrigens in einer größeren Studenten-Versammlung Ostern 1884 wiederholte. Bei den diesmaligen Ausschuswahlten kam nun Dohle als Vertreter der philosophischen Fakultät, für welche seit langer Zeit zum ersten Male ein liberaler Kandidat durchgesetzt wurde, in den Ausschuß. Vermuthlich brachte das Herannahen des Jahrestages jenes Festes die Rede auf die damaligen Vorgänge. In der Unterredung mit seinem Kollegen im Ausschuß berührte nun Dohle die Aeußerung des Herrn Julius Wolff. Die zum Verein deutscher Studenten gehörenden Ausschusmitglieder zogen darauf die Wahrheit der Aeußerungen Dohle's in so beleidigender Form in Zweifel, daß ihm nichts übrig blieb, als eine Reihe von Forderungen ergehen zu lassen, wie wir das bereits gemeldet haben. Er forderte auf Säbel, erhielt aber die Antwort, daß man nur auf Pistolen losgehen würde. Speziell Holzappel, dessen Schicksal allgemeine Theilnahme findet, soll auf dem Auskämpfen der Differenz durch Pistolen bestanden haben. Es bestätigt sich, daß bei dem in der vorigen Woche stattgehabten ersten Pistolenduell Dohle das ihm gegenüberstehende Ausschusmitglied ins Bein getroffen und schwer verletzt hat. — Uebrigens hat bereits im vorigen Jahre zwischen einem Mitgliede der Freien wissenschaftlichen Vereinigung und einem Angehörigen des Vereins deutscher Studenten politischer Meinungsverschiedenheiten halber ein Pistolenduell stattgefunden, das indessen unblutig verlief. — Holzappel studirte seit Michaelis 1882, Dohle seit Michaelis 1881. Die Bestätigung Holzappels wird sich aller Voraussicht nach unter allgemeiner und großartiger Betheiligung vollziehen. Durch Anschlag am schwarzen Brett fordert der Ausschuß der Studenten-

schaft dazu auf, dem gefallenen Kommissionsen möglichst zahlreich die letzte Ehre zu erweisen. Der Tag der Bestattung ist noch nicht festgesetzt. Möchte doch mit dem Verstorbenen auch aller Zwist und Hader eingesargt werden, der unsere Studentenschaft nun schon allzulange in zwei feindliche Lager theilt.

(Die arbeiten die Amerikaner?) Diese Frage beantwortete kürzlich ein Franzose Namens Lourdelet in einem Vortrage, aus welchem die „Z. N.“ einiges entnimmt. In Europa, und besonders in Frankreich, steht sogar der kaufmännische Briefwechsel noch unter dem Bann der ganz überflüssigen Redensarten, und selbst die Erfindung der Postkarte hat darin wenig Wandel geschaffen. Ganz anders der Yankee. Derselbe eröffnet Morgens seine Briefe im Beisein eines Stenographen, dem er sogar die Antwort diktiert. Sogar kleine Händler haben herausgefunden, daß sie dabei viel Zeit, d. h. viel Geld sparen. Der Stenograph aber schreibt, nachdem ihn sein Prinzipal entlassen, das Diktirte nicht etwa in althergebrachter Weise mit Feder und Linse, sondern ausschließlich mit der Schreibmaschine nieder. Inzwischen hat sich der Prinzipal wieder an seinen Schreibtisch gesetzt und unterhält sich, sei es mit seinem Personal, sei es mit dem Geschäftsführenden, telephonisch, und zwar ist der Fernsprecher unmittelbar am Schreibtisch, und nicht wie bei uns, irgendwo im Zimmer angeordnet, so daß die ganz unnöthigen Schritte nach und von dem Apparat vermieden werden. Der Vortragende besuchte in Newyork einen Patent-Anwalt, der im neunten Stod wohnte. Doch dies verschlug nichts, da ihm drei Aufzüge zu statten kamen. Der Anwalt verkehrte telephonisch und ohne aufzustehen nicht bloß mit ganz Newyork, sondern mittelst einer Telegraphen-Gesellschaft, welcher er Telegramme telephonisch übermittelte, mit der ganzen Welt. Wollen wir ein Telegramm aufgeben, so müssen wir entweder nach dem Bureau wandern, oder einen Dienstmann hierzu beauftragen. Wünscht man einen solchen dienstbaren Geist, so muß man aber erst nach der nächsten Straßenecke laufen, und kann sich obendrein glücklich schätzen, wenn einer zu finden ist. In Newyork telegraphirt oder telephonirt der Kaufmann einfach nach dem nächsten Dienstmannsposten, und es erscheint nach wenigen Minuten ein Junge, der dem Auftraggeber für etwa 1,20 Mark für die Stunde zur Verfügung steht.

Eine niedliche Bosheit finden wir in einem Wiener Briefe eines Budapest Journalisten: „Und auch ein frühliches Ereigniß giebt's schon im neuen Jahre wieder zu verzeichnen. Eine Schauspielerin des Kartheaters — der Name thut nicht viel zur Sache — tritt in den heiligen Bestand, um den Abend eines reichen Banquiers zu vergolden. Dadurch werden mit einem Schlage zwei Glückliche geschaffen, die Schauspielerin und — das Kartheater.“

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin

### Telegraphische Depeschen.

Wien, 7. Januar. (B. L.) Laut Triester Privatberichten hiesiger Blätter soll in Ganta, (Provinz Borgo) in Italien neuerdings die Cholera ausgebrochen sein. Angeblich wurden sechs Cholerafälle konstatiert, doch ist nicht angegeben, ob Erkrankungs- oder Todesfälle.

Magdeburg, 7. Januar. Der „Magdeburger Zeitung“ wird mitgetheilt, daß der Entwurf des Gesetzes wegen Verlängerung der Herabsetzung der Ausfuhrvergütung von Zucker um 40 Pfennige wahrscheinlich erst gegen Schlus der Reichstagsession eingebracht werden wird, und zwar nicht auf 2 Jahre, sondern nur auf 1 Jahr. Zunächst seien die Berichte der sachverständigen Beamten, welche die Hauptorte der Zuckerindustrie bereisen, um die eigentliche Ursache der Krisis zu erforschen, abzuwarten. Da der diesjährige Zuckerrübenbau überall erheblich, zum Theil um die Hälfte eingeschränkt wird, so sei die Minderung der Ueberproduktion, welche mit einem Grund der Krisis bilde, in der nächsten Kampagne und damit eine Gesundung der Verhältnisse zu erwarten. Sollte diese Hoffnung täuschen, so habe die Regierung, die sich nicht unnöthiger Weise auf zwei Jahre im Voraus binden wolle, es in der Hand, später eine abermalige Verlängerung des provisorischen Gesetzes um 1 Jahr einzubringen.

Luxemburg, 7. Januar. In der gestrigen Sitzung der Kammer legte der Staatsminister von Blochhausen die Gründe dar, die ihn veranlaßt hätten, den Rücklauf der Prinz-Heinrichbahn zu versuchen. Der Minister erklärte, bei seiner Anwesenheit in Brüssel habe er mit dem Vorstehenden der genannten Bahn, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Ministerrath, einen Vertragentwurf vereinbart. Nach seiner Rückkehr nach Luxemburg habe er diesen Entwurf seinen Kollegen vorgelegt. Die Berathung über denselben habe 3 Tage gedauert. Er habe gehofft, seine Kollegen würden ihm zustimmen, doch habe damals bereits die Hauffe der Börse in Brüssel begonnen. Die Regierung habe, um nicht Börsenmanöver zu begünstigen, von weiteren Verhandlungen Abstand genommen und sofort den Präsidenten der Prinz-Heinrichbahn davon verständigt. Bei den Unterhandlungen sei Discretion vereinbart worden, für die vorgekommenen Indiskretionen sei er nicht verantwortlich. Da der Vertrag nicht existire, habe sich die Versammlung auch nicht damit zu beschäftigen. Verhandlungen über den Rücklauf der Bahn schwebten nicht mehr. Nach den Erklärungen des Ministers wurde mit 29 gegen 2 Stimmen ein Vertrauensvotum angenommen.